

Danziger Zeitung



No 16198.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntagen Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Letterbogengasse Nr. 4, und bei allen kais. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inzerate kosten für die Zeitspaltel oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

Lord Salisbury.

Als das Attentat auf den Fürsten von Bulgarien begangen war und dieser abdankte, ist in Europa wohl Niemand darüber im Zweifel gewesen, wo der Anführer dieses Verbrechens, dem man eine internationale Bedeutung nicht absprechen kann, zu suchen sei. Zuerst trat hier wieder die alte Erfahrung in ihr Recht, daß es, so lange nicht die äußerste Noth dazu drängt, unmöglich ist, von den europäischen Mächten, die sich sonst nicht das Weisse im Auge zu gönnen pflegen, ein einmütiges, grundsätzliches und energisches Handeln zu erlangen. Ein ungarisches Blatt schilderte damals, als die Sendung des Generals Kaulbars nach Bulgarien erfolgte, die Confusion sehr drastisch aber richtig. „Die ganze politische Situation“, meinte der „Pester Lloyd“, „wird beherrscht und gestempelt durch den Spruch: „Nur nicht einem Anderen die Kasanien aus dem Feuer holen.“ Nach den Zeitungsstimmen, den Aeußerungen einzelner Politiker und sogar nach officiellen Kundgebungen der verschiedenen Regierungen zu schließen, schien es vollkommen Nebensache geworden, darnach zu fragen, was dem eigenen Staat gut und förderlich sei; darauf kam es allein an, nur ja nicht irgend etwas zu thun, wodurch, wenn auch nur nebenbei, einem anderen Staat irgend ein Vortheil erwachsen oder ein Gefallen geschehen könnte; nur ja nicht einem Anderen die Kasanien aus dem Feuer holen!“ Welchem Zwecke diese Stellungnahme hat dienen sollen, wird wohl erst einem nachfolgenden Geschlecht klar gemacht werden.

Lord Salisbury nun, der englische Premier, hat seinerzeit auf dem Berliner Congresse 1878 einen Fehler gemacht, als er dahin wirkte oder jagte, daß Bulgarien in eine türkische Provinz und in ein autonomes Fürstenthum zerlegt wurde. Das eigentliche Endziel, welches man auf dem Berliner Congresse erstreben mußte und angestrebt hat, bestand darin, daß der russischen Politik der Weg nach Konstantinopel verlegt werden sollte. General Kaulbars hat dieses Fact und diesen Zweck des abgeschlossenen Friedensvertrages, der eben deshalb den höchsten Kern der Russen erregte und dem „ehelichen Mäler“, der diesen Frieden dem durch „Sturmstöße“ Freundschaft verbundenen Mächten vermittelt hatte, bei einem Haare einen Krieg gezogen hätte, mit der gewohnten Offenherzigkeit an's Licht gezogen, indem er Bulgarien mit einem Baume verglich, der den Russen im Wege stände und der daher beseitigt werden müsse. Wenn nun aber der Berliner Friedensvertrag für diesen Zweck bestimmt war, und wenn derselbe auch geeignet sein sollte, denselben zu erfüllen, so lange seine Beobachtung aufrecht erhalten wird, so war es von vorn herein ein verhängnißvoller Fehler, die aufgerichtete Barriere dadurch zu schwächen, daß man Bulgarien in zwei Theile zerlegte und die Aufgabe, den Weg nach Konstantinopel zu sperren, nur dem schwächeren Theil zuwies.

Dann aber hat die Diplomatie, und vor Allen die englische Diplomatie auf dem Congresse sehr oberflächlich gearbeitet und nur eine mangelhafte Vorausberechnung gezeigt. Man konnte und mußte voraussehen, daß die wenig bedenkliche Politik der Russen jede Gelegenheit ergreifen werde, um den ihr lästigen Vertrag zu umgehen und zu beseitigen. Man hat das auch gewußt und vorhergesehen. Aber man mußte dann auch darauf rechnen und vorhersehen, daß die beiden getrennten Theile bei der ersten Gelegenheit ihre Vereinigung suchen würden, wie es die Rumänen mit Erfolg nach dem Pariser Frieden, der ihnen ein ähnliches Experiment zugemuthet hatte, gemacht haben. Der Versuch, den die Bulgaren ihnen nachmachten, enthält aber einen Bruch des Berliner Friedens, und dieser Umstand hat der hohen russischen Politik, die ihn möglicherweise zu dem Zwecke angefliffen hat, eine willkommene Handhabe dargeboten, sich ihrerseits auch über den Vertrag hinwegzusetzen und damit die

ganze Confusion anzurichten, in welcher sich Europa eine Zeit lang befunden hat und aus welcher es jetzt endlich herauszukommen sucht.

Es wird Lord Salisbury, der den ersten Fehler gemacht hat, wohl jederzeit als ein hohes Verdienst angerechnet werden, daß er durch die auf dem Lordmayorsbankett gehaltene Rede das Eis gebrochen, das schlechte Scherzwort, das man einem Anderen nicht die Kasanien aus dem Feuer holen dürfe, beseitigt, und den anderen Mächten den Mund geöffnet hat. Man ist nunmehr auf den Weg geraten, auf dem es möglich wird, mit vereinigten Kräften, wenn möglich nur mittelst friedlicher Verhandlung, dem Bruch aller Regeln des Völkerrechts Widerstand zu leisten, dessen sich die russische Politik offenkundig bedient hat und voraussichtlich noch weiter bedienen wird. Die Mittel, welche diese Macht gebraucht, um ihre Pläne durchzusetzen, sind wahrscheinlich für die weitere Entwicklung der russischen Lande gefährlich genug. Zunächst aber sind sie für alle europäischen Mächte weit gefährlicher. Die Anwendung einer Politik, die nicht einmal gegenüber asiatischen Horden gebilligt werden könnte, obgleich sie schon oft genug für bloße Eroberungszwecke angewendet sein mag, auf europäische Verhältnisse und Verträge, diese Wiederholung der Intriguen, die Katharina II. im vorigen Jahrhundert den Polen gegenüber spielen ließ, in Europa im neunzehnten Jahrhundert, die Verletzung aller Grundsätze über das monarchische Princip bringt eine allgemeine Gefahr für alle Staaten und Völker mit sich, welche in irgend welchen Beziehungen zum russischen Reiche stehen. Alle Staaten und Völker, welche sich europäischer Civilisation zu rühmen den Anspruch erheben, haben das lebhafteste Culturinteresse, solem dem Beginn Widerstand zu leisten. Darum muß dem von Lord Salisbury ausgegangenen Aufbruch eine Bedeutung beigegeben werden, die weit über das diplomatische Tagesinteresse hinausreicht.

Indem der englische Premier die ganze Macht Großbritanniens jedem Bundesgenossen zur Verfügung stellte, der die Verteidigung der aus dem schwarzen Meer in das mittelländische Meer führenden Meerenge auf sich nimmt, indem er Oesterreich-Ungarn die Pflicht der Vorwacht zusprach, die nicht allein gelassen werden soll, hat er der Welt europäischer Cultur bestimmte Anhaltspunkte und Garantien zu ihrer Verteidigung gegen asiatische Eroberungs- und Unterdrückungsgelüste gegeben, und das soll ihm unvergessen bleiben.

Deutschland

„Bestimmte Skizzen.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat in ihrem Leitartikel der Abend-Ausgabe vom 7. Dezember unter Berufung auf Adam Smith, der übrigens nicht richtig wiedergegeben ist, die Ausführungen des Abg. Richter bei der Etatsdebatte bekämpft, daß der im Wachen befindliche Militarismus die Culturblüthe unserer schwer errungenen europäischen Civilisation ersterben lassen müsse. Das governementale Blatt sagt, Herr Richter habe dem Reichstage darüber „eine höchst pessimistische Schilderung entworfen“. Ueber die Unerträglichkeit der wachsenden Militärlasten in Europa hätte jedoch die „Nordd. Allg. Ztg.“ von einer von ihr gewiß mehr respectirten Autorität, die näher liegt, lernen können, nämlich von keiner anderen als der des Feldmarschalls Moltke. Wie lauteten doch die Worte, die der große Strateg am vergangenen Sonnabend sagte? Es waren folgende:

Man kann es ja beklagen, daß wir genöthigt sind, einen großen Theil der Einnahmen des Reiches anstatt auf den Ausbau im Innern für die Sicherung nach Außen zu verwenden; das wird aber bedingt durch allgemeine Verhältnisse, die wir abzuändern ganz außer Stande sind. Ganz Europa starrt in Waffen. Wir

mögen uns nach links oder nach rechts wenden, so finden wir unsere Nachbarn in einer Rüstung, die selbst ein reiches Land auf die Dauer nur schwer ertragen kann.

Das ist, nur mit etwas anderen Worten, genau dasselbe, was Herr Richter auch bei der ersten Staatsberatung sagte. Wozu also der Vorwurf der pessimistischen Schilderung gegen letzteren?

Ueber die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland

berichtet der Petersburger Correspondent des Reuterschen Bureaus unterm 4. d.: „Obwohl allgemein zugegeben wird, daß Herr v. Laboulaye, der neue französische Botschafter, einen sehr günstigen Eindruck bei Hofe gemacht hat, wo Se. Excellenz äußerst huldreich empfangen wurde, so macht sich in amtlichen Kreisen doch eine Tendenz bemerklich, den Ton übertriebener Complimente, welche die russischen Journale bei Erwähnung des neuen Vertreters Frankreichs anslagen, mit Mißbilligung anzusehen. Man weist darauf hin, daß diese schmeichelhaften Anspielungen auf Herrn von Laboulaye und die französische Nation dazu angehan sind, den unrichtigen Glauben zu erwecken, daß Rußland auf dem Punkte stehe, mit Frankreich ein Bündniß abzuschließen, welches Eindruck irrtümliche Ideen in Frankreich und gleichzeitig Mißtrauen in Deutschland hervorzurufen dürfte.“

Mit Bezug auf letztere Macht wird bestätigt, daß von der russischen Regierung an einen Bruch mit Berlin nicht gedacht wird; und da dem so ist, ist man der Ansicht, daß die russischen Journale ein unheilvolles Verfahren verfolgen, indem sie ein Gefühl des Mißtrauens wachrufen, welches nur die Wirkung haben kann, in den gegenwärtigen internationalen Unterhandlungen Deutschland weniger günstig gesinnt zu stimmen und auf diese Weise Rußland der Wohlthat seiner Bundesgenossenschaft zu berauben. Die wirkliche Lage der Dinge in Betreff Frankreichs und Rußlands soll folgende sein: Rußland erkennt völlig an, daß Frankreich durch seine Haltung in der bulgarischen Frage ein Recht auf seine Sympathie erworben hat; aber demungeachtet kann es — da die Regierung des Zaren gegenwärtig nicht die Absicht hat, ihre Politik zu modificiren oder anders zu gestalten — Frankreich nicht als den Bundesgenossen für den morgenden Tag, sondern einfach für eine ausgezeichnete Reserve im Falle der Noth betrachten, die im Stande wäre, die Stärke der Feinde Rußlands abzuschwächen und zu neutralisiren und sie zu zwingen, gegenüber dem Zarenreiche eine weisere Politik zu verfolgen.“

* Berlin, 8. Dez. [Agrarische Bestrebungen.]

Auf der letzten Delegirtenversammlung des landwirthschaftlichen Centralvereins für den Regierungsbezirk Potsdam forderte ein Antrag des Vereins Brenzlau I. die Erhöhung der Einfuhrzölle auf sämmtliche landwirthschaftlichen Producte. Mitterguth befragte Patow präcisirte den Antrag dahin, für Getreide das Doppelte der bisherigen Steuer, also 6 M. pro 100 Ko., für Delfrucht 90 M. pro Tonne oder 10 M. pro 100 Ko. und für Rüdenwäse einen Zoll von 100 M. pr. Ctr. zu erheben. Die Steuer für minderwertige Wollsorten ist darnach abzuhafen. Herr v. Wedell-Malchow bemerkte hierzu: Er halte eine so hohe Getreidesteuer für völlig ausichtslos und schwer würde es ihm ankommen, eine solche Eingabe mit seinem Namen unterzeichnen zu müssen, falls die Versammlung einen derartigen Beschluß fassen sollte. Nach längerer Discussion wurde der Antrag auf Erhöhung der Steuer für Delfrucht abgelehnt, dagegen der bezüglich des Getreidezolles und des Wollzolles angenommen.

Auch wurde der Vorstand beauftragt, nochmals um die Einführung der Doppelwährung zu petitioniren. — Wird wohl nichts helfen!

* [Goldene Worte des Kronprinzen.]

Als der Kronprinz bei Anwesenheit in Strahburg zur Zeit

der Manöver in Elß-Lothringen die Loge „Zum treuen Herzen“ besuchte, hielt er eine Ansprache, aus der folgende Sätze aufbewahrt zu werden verdienen: „Zwei Grundsätze bezeichnen vor Allem unser Streben: Gewissensfreiheit und Duldung. An ihnen lassen Sie uns festhalten mit unserer ganzen Kraft. Daß dieselben bei uns immer vollkommener werden, dazu lassen Sie uns allezeit mitthelfen. Nicht nur loben wollen wir diese Tugenden, sondern sie auch festig üben.“

* [Fürst Alexander von Battenberg] hat, wie von einer dem Prinzen nabehenden Seite mitgetheilt wird, sich allen ihm von Privaten in Bulgarien angebotenen Besuchen gegenüber entschieden ablehnend verhalten und jeden sich ihm solcher und anderer Weise bietenden Anlaß ergriffen, um die Unerstürmlichkeit seines Entschlusses, im Privatleben zu verharren, in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise zu betonen.

Die Abreise des Prinzen nach England erfolgte ausschließlich zu Familienzwecken ohne jegliche politische Bedeutung. Pariser Blättern entnehmen wir, daß Fürst Alexander in Paris überraschend im Hotel Continental vorfuhr, dort mit seinem Adjutanten Baron Niedeck zwei beschöne Zimmer bezog und sich Abends in eine Vorstellung der „Bouffes parisiennes“ begab, was nicht auf eine tragische Gemüthsstimmung schließen läßt.

* [Die bulgarische Deputation] wird in Berlin nicht amtlich empfangen werden. Graf Herbert Bismarck wird sie aber außerordentlich hören. Etwas Mittelstellungen an sie sollen ausdrücklich als nicht amtlich bezeichnet werden.

* [v. Schorlemer — Jesuit.] Der „West. Merk.“ bestätigt anderweite Angaben, wonach der frühere Convents-Inspector v. Schorlemer-Alst, welcher den Conflict mit dem Bischof Kopp in einem für die ultramontanen Interessen betreffs der Breslauer Coadjutor-Frage so geeigneten Augenblick herbeiführte, „einem längst gehegten Wunsche entsprechend, Jesuit geworden ist.“

* [Drei Jahre.] Zur Septennatsfrage bemerkt die freisinnige „Bresl. Ztg.“: Das Verlangen einer langjährigen Bewilligung enthält ein Mißtrauensvotum gegen die Volksvertretung. Liegt zu diesem Mißtrauen irgend eine Veranlassung vor? Glaubt wirklich die Regierung, nach drei Jahren werde der Reichstag nicht so gut wie heute alles Notwendige genehmigen? Eine solche Ansicht kann die Regierung nach dem Ergebnis der ersten Lesung der Militärvorlage nicht hegen. Eine solche Ansicht wäre grundfalsch; so unpatriotisch, wie dieser Verdacht voraussetzt, sind die deutschen Parteien nicht. Folglich ist in der That das Septennat oder Duinquennat durch nichts begründet. Da aber die diplomatische Situation Deutschlands durch nichts mehr gefördert werden könnte als durch die Feststellung der dauernden Einigkeit des ganzen Parlaments und des gesammten Volkes in jeder Frage der Landesverteidigung, so würde sich die Reichsregierung um das Vaterland wohl verdient machen, wenn sie in hochherzigem Entschlusse sich entgegenkommend mit der dreijährigen Bewilligung einverstanden erklärte. Dadurch würde vor dem Auslande eine weittragende Einigkeit zwischen Reichstag und Reichsregierung bezeugt; im Innern würde das Verhältnis zwischen den Factoren der Gesetzgebung erheblich gebessert; die Gegensätze verlor viel von ihrer Schärfe und das veröhnliche Verhalten der Reichsregierung würde gute Früchte auch auf anderen Gebieten des öffentlichen Lebens zeitigen. Lieben sich die Regierung zu diesem Zugeständnisse herbei, bei dem sie schlechterdings nicht das Geringste verliert, da sie der Erneuerung des Triennats sicher sein kann, so könnte auch die Vorlage noch vor Weihnachten Gesetz werden; denn der Gegenstand des Hauptstreites wäre beseitigt.

* [Der Conflict zwischen dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung in Rorbhausen] verschärft sich immermehr. Dem „V. T.“ wird dazu geschrieben:

fühlen würde und der vielleicht, je nachdem es in Melanie's Pläne passen würde, nicht einmal mehr erlaubt sein würde, mit ihr zu verkehren.

Seit dem Besuche Dr. Lassens war aber manches anders geworden, sie mochte selbst ihren Traum am Atlantischen Ocean, ihren idyllischen Liebesträume nicht mehr träumen und sie vertrieb es, den Blick über den Schreibeisch zu erheben zu dem Manne, dessen Leben sie so wenig zu beglücken verstanden.

Als daher einige Tage später Frau v. Labinow und ihr Sohn, von Helgoland zurückgekehrt, in ihr Zimmer traten, fanden sie Frau Rubien ungewöhnlich ernst und reservirt. Und doch hatte sie das Widerserhen so heiß ersehnt.

Aber schon am anderen Tage erwiderte sie den Besuch Frau v. Labinow's. Sie hatte das Bedürfnis, der älteren Freundin ihr Herz auszusprechen, ihr das Erlebte zu erzählen, um sich Rath zu holen für ihr nächstes Handeln.

„Ach, Liebe“, sagte sie, nachdem die junge Frau sich kaum an ihrer Seite niedergelassen hatte, „welche Sorge bereitet mir Gregor, wie verändert er in sich gefehrt ist er seit unserem Aufenthalte auf Helgoland! Haben Sie nicht bemerkt, wie bleich und leidend er aussieht? Und wenn Sie wüßten, wie still er geworden ist und wie wenig Freude ihm selbst sein Schaffen bereitet, in welches er sich sonst ganze Tage verrenken konnte! Und nun hoffe ich so viel von Ihrer Gesellschaft, liebste Frau Rubien, ich weiß, wie gerne er bei Ihnen war, wie sie sein Denken anzuregen verstanden.“

„Auch ich freute mich darauf“, erwiderte Lelia schüchtern.

„Ja, Liebste, das ist es ja, er will von hier fort nach dem Süden, nach Frankfurt oder Stuttgart; er behauptet, er leide unter dem Nebel und was nicht alles, und ich habe mich kaum in Hamburg eingewöhnt und mich so wohl gefühlt in Ihrer Nähe.“

Lelia sah sprachlos, sie hatte nicht die Kraft, etwas zu sagen.

Lelia Rubien.

(Nachdruck verboten.)

Von H. Keller - Jordan.

(Fortsetzung.)

Als Dr. Lassen die Treppe hinunter ging, stand Melanie hinter der Glasthüre ihrer Wohnung und schaute mit weit aufgerissenen Augen dem Herrn nach, der so lange allein bei Lelia gewesen. Sie hatte keine Ahnung davon, daß es Dr. Lassen war, da sie sein Gesicht nicht sehen konnte. Einen Augenblick stand sie zögernd und hielt die Thürklinke in der Hand, dann siegte die Neugierde und sie stieg langsam die Treppe hinauf, die zu ihrer Freundin Wohnung führten.

Lelia stand noch, von dem Eindruck des eben Gehörten gefoltert, auf derselben Stelle, wo sie sich von Dr. Lassen verabschiedet hatte. Vieles von dem, was sie erlebt, zeigte sich ihr jetzt, nachdem sie über das Verhältnis ihres verstorbenen Mannes mit Melanie aufgeklärt war, in einem anderen Lichte, und noch schuldvoller erschien ihr die Frau mit den sanften Taubenaugen, die zweimal in das Leben eines Mannes getreten, um es zu zerstören.

„Störe ich nicht, Lelia?“

Da stand sie wieder, im modischen, grauen Seidenkleide, in all ihrer unschuldsvollen Lieblichkeit und legte den Arm schmeichlerisch um ihrer Freundin Leib.

„Warum solltest Du stören?“ fragte diese kalt, indem sie mit ihrer Hand den Arm der schönen Frau von ihrer Taille löste.

„Ich dachte, Du hättest vielleicht noch Besuch.“

„Auch wenn das der Fall wäre, würdest Du mich nicht stören. Dr. Lassen war eben hier und Du hättest nur eine angenehme Bekanntschaft gemacht — oder erneuert.“

„Dr. Lassen?“ wiederholte Melanie, indem eine lächelnde Luft über ihr Gesicht zog, „Dr. Lassen — ich erinnere mich nicht.“

„Er ist Chef-Redacteur der Monatshefte“, fuhr Lelia ruhig fort, indem sie Melanie fest ins Gesicht

sah, und da ich bisweilen für ihn arbeite, so hatten wir einiges zu besprechen.“

Melanie's Augen richteten sich jetzt funkelnd auf ihre Beute.

„Du arbeitest für Dr. Lassen?“

„Bestrebst Du das so? Du, Melanie, solltest doch am allerbesten wissen, daß ich von dem, was mir aus dem Nachlasse Theodor's blieb, so nicht mit Nora und der Tante leben könnte, wie es der Fall ist.“

„Ja, aber was arbeitest Du denn für ihn, Lelia?“

„Ich übersehe aus dem Spanischen und Französischen, und liefere auch zuweilen einige Aufsätze. Du erinnerst Dich vielleicht noch der Legenden, die damals Belten und Labinow so gut gefielen?“

„Nun, und?“

„Die sind von mir; aber da ich anfänglich gerne unbekannt bleiben wollte, zog ich es vor, meine Arbeiten immer selbst in das Bureau zu bringen — Herr Richter muß mich ja da gesehen haben.“

„In das Bureau von Dr. Lassen? Natürlich“, setzte sie gereizt hinzu, indem die Röthe des Zornes bis hinauf in ihre Schläfe stieg, „natürlich, es ist das eine schlaue Art zu handeln, erst seinen Namen zu verschweigen, sich die Leute den Kopf zerbrechen zu lassen und dann mit Stolz die Vorberer zu ernten, die vorher doch noch immer sehr fraglich waren.“

Aus dem Tone der Stimme, die scharf wie ein Messer war, hörte Lelia alle die Bosheit, die in dem Herzen dieser Frau arbeitete.

„Aber Herr v. Labinow?“ fragte sie nach einer Weile, während sie mit ihrem feinen Stiefel nervös in den Teppich bohrete, „er hat doch gewiß um Deine Autorschaft gewußt und an dem Abende bloß Komodie gespielt?“

Lelia bis sich auf die Lippen, ihr Stolz häumte sich. Nein, dieser Frau war sie keine Rechenschaft schuldig, auch war sie es nicht, nach dem, was sie vorher gehört hatte, ein Gespräch fortzu-

Die Schriftstücke des Magistrats, welche an die Stadtverordneten-Versammlung ergingen, tragen den Stempel der Geheimschreibweise. Eine besondere Beachtung verdient die folgende Angelegenheit: Kürzlich war von der Polizei-Verwaltung, deren Chef der Herr Oberbürgermeister Hahn ist, eine neue Straßen-Verordnung publicirt worden mit dem Bemerkten, daß diese Straßen-Polizei-Verordnung am 1. December d. J. in Kraft trete. Nun enthält aber diese Verordnung mehrere Bestimmungen, die die Bürgerpflicht hart belasten. Die Stadtverordneten beschloßen deshalb, an den Magistrat das Erlauchen um Auskunft zu richten, ob und aus welchen Gründen derselbe der fraglichen Straßenpolizei-Verordnung zugestimmt habe. In der jüngsten Stadtverordnetenversammlung kam darauf folgende Antwort des Magistrats zur Verlesung: „Dem Erlauchen vom 25. v. M. um Auskunft, ob und aus welchen Gründen wir uns veranlaßt gefehen haben, der Straßen-Polizei-Verordnung vom 1. October d. J. zuzustimmen, kann, da dieselbe einen gesetzlich unzulässigen Uebergriff in unsere Rechtsprechung darstellt, nicht stattgegeben werden.“ — Der Stadtverordnetenvorsteher, Hr. Justizrath Böhm, bemerkte hierzu: Wie der Magistrat in dem Bunde der Stadtverordneten einen Eingriff in seine Machtssphäre zu erblicken vermöge, sei gar nicht zu verstehen. Seit geraumer Zeit befinde sich der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung gegenüber in einem gereizten Zustande, und es sei zu fürchten, daß die Zukunft Ausbrüche dieses gereizten Zustandes bringen werde, wie sie noch nicht dagewesen. Die Stadtverordneten wollten aber auch ferner unentwegt ihre Pflicht erfüllen und hätten wahrlich mehr zu thun, als sich mit solchen Eifersüchteleien zu beschäftigen. Er schloß vor, daß die Verlesung sich künftig nicht mehr darum fummere und auch über dieses neue Schreiben zur Tagesordnung übergehe. (Bravo!) Dies geschieht.

* [Eine Erinnerung aus der Confectszeit.] An eine Mitteilung, welche Professor Wilhelm Müller in seiner Biographie Kaiser Wilhelm's macht, wird von der „Voss. Ztg.“ erinnert. Es heißt in jener Biographie vom Jahre 1862:

„Am jene Zeit etwa muß es gewesen sein, daß der volle Ernst der Lage dem Könige nahegelegt wurde. Einige der Minister machten ihm die Eröffnung, daß es unmöglich sei, in dieser Weise fortzuarbeiten; daß gegenüber dem entschlossenen Widerstande des Abgeordnetenhauses die Reorganisation sich nicht in ihrem ganzen Umfange aufrecht erhalten lasse; daß also nichts übrig bleibe, als daß der König in dieser Sache der Kammer Zugeständnisse mache. Der König soll erwidert haben, daß davon bei ihm keine Rede sein könne. Die Reorganisation sei sein eigenes Werk; er halte dieselbe für die Machtstellung Preußens für unbedingt notwendig; er sei bei jeder Gelegenheit mit seiner ganzen Person dafür eingetreten, zurück könne er nicht mehr, lieber danke er ab. Sein Nachfolger, nach seiner Seite hin durch sein Wort gebunden, könne Zugeständnisse machen, er nicht. So stand die Entscheidung bei dem Kronprinzen. In einer Frage, von deren richtiger Lösung seine ganze Lebensstellung und zugleich das Wohl des Staates für eine lange Zukunft abhing, holte der Kronprinz den Rath erfahrner Männer ein. Die Antwort lautete: Ein preussischer König, der als solcher damit beginne, daß er die Organisation des Heeres störe und die Stärke desselben herabdrücke, werde seine ganze Regierungszeit hindurch dem Heere gegenüber eine wenig ehrenvolle Stellung einnehmen. Auf dies hin lebte der Kronprinz das Anerbieten ab.“

Diese Darstellung des Professors Müller, welche vor zehn Jahren erschienen ist, hat bei den besondern Quellen, aus denen derselbe schöpfen durfte, erklärlicher Weise niemals den geringsten Widerspruch erfahren.

* [Die Verhandlungen über den deutsch-schweizerischen Handelsvertrag], welche von den deutschen Commissaren nimmermehr allein fertig aufgenommen sind, werden, wie die „N. Vr. Ztg.“ hört, in etwa 14 Tagen beendet sein. Im Januar werden die Schweizer Delegirten wieder hier eintreffen, mit denen vereint die deutschen Commissare die Verhandlungen aufs neue beginnen sollen, welche alsdann voraussichtlich zu einem endgültigen und befriedigenden Abschluß gelangen werden.

* [Der Prinzregent von Baiern] hat nach Münchener Blättern dem deutschen Kaiserpaare hervorragende Erzeugnisse Münchener Kunstgewerkschaften als Geschenk mitgebracht.

L. [Landesversicherungsämter.] Auf Anfrage des Abg. Schrader (deutschl.) constatirte Staatsminister v. Bütticher in der vorgestrigen Sitzung der Budget-Commission, die Errichtung von Landesversicherungsämtern auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes sei bis jetzt nur von Baiern und Sachsen vorbereitet. Gleichwohl sei es richtig, daß auch in Mecklenburg Erwägungen bezüglich der Errichtung eines Landesversicherungsamtes stattfänden.

* [Koslow über die Militärvorlage.] Die russische „Wostokische Ztg.“ (Nr. 322) bringt einen Leitartikel über die deutsche Wehrvorlage und schreibt u. A.:

„Die russische Heeresstärke beweist nur die mangelnde Friedensliebe Russlands. Was die deutsche Militärvorlage betrifft, ist die Aufrechterhaltung der europäischen Dictator Deutschlands. Ihre Zeit ist aber vorüber, denn Deutschland kann sich mit Russland nicht messen, wenn Russland mit einem Federstich nur durch Verführung der Dienstreue seine Kräfte verdoppelt und in voller Stärke Deutschland gegenübersteht. Kann es Deutschlands Interessen dienen, Russland nur, um als erste Militärmacht Europas das zu stehen, seine Mobilisirung zu reorganisieren. Deutschland kann in zehn Tagen zum Kriege bereit sein. Dieses Ziel verfolgt seine Organisation. Dieses Ziel müssen auch wir erreichen. Darin besteht die ganze Sache. Bei uns ist der bekannte Ausdruck Napoleon's: „Im Kriege commandiren die Umstände“ sprichwörtlich geworden. Die militärische Organisation in Friedenszeiten muß den Zwecken des Krieges angepaßt und folglich auch von demselben Geiste geleitet werden. Das ist es wohl auch, was jene „Wissenschaft“, welche die Fragen über die Organisation der Armeen behandelt, zu wenig berücksichtigt. Wir erinnern daran, daß zu Ende des 18. Jahrhunderts sich Alle von dem militärischen System Friedrich's II. hinarbeiten ließen, Alle hielten es für unfehlbar, alle abhünten es ohne Widerrede nach, bis auf den Feldern von Jena und Austerlitz seine Mangelhaftigkeit so überzeugend erwiesen wurde. Erleben wir nicht auch eine solche Epoche des Hinreisens? Wir erleben noch, und Gott sei Dank bemerkt man schon Anzeichen dafür, eine Umkehr Russlands auf seinen eigenen Weg.“

* [Die Neu-Guinea-Gesellschaft] hat Karten über ihr Gebiet, u. A. auch Aufnahmen des jüngst vom Herrn v. Schleinitz befahrenen Augustus-Flusses hergestellt. * [Statistik der höheren Mädchenschulen.] Eine im Unterrichtsministerium gemachte Zusammenstellung der im preussischen Staate vorhandenen höheren Mädchenschulen ergibt, daß die Zahl der Schulkinder 1456 beträgt, wovon die meisten in der Provinz Brandenburg, 255, deren große Mehrzahl auf Berlin kommt. Es folgen: Rheinprovinz mit 223, Sachsen 197, Hannover 161, Oestpreußen 136, Pommern 94, Schlesien 90, Westpreußen 79, Westfalen 77, Ostpreußen 73, Posen 47, Schleswig-Holstein 24. Die hohenzollernschen Lande haben keine höheren Mädchenschulen. Die Zahl der Schülerinnen betrug 42 726 (darunter 8648 in der Provinz Brandenburg, 5659 in der Rheinprovinz, 1819 in Westfalen). Von der Gesamtzahl der Schülerinnen waren 33 263 evangelisch (3421 in der Rheinprovinz, 1484 in Westfalen), 3362 katholisch (1718 und 160), 5874 jüdisch (495 und 175), 28 hinduistisch, 196 „anderegläubig“. Die Zahl der Lehrkräfte betrug 2197.

* [Veränderter Waarenbezug in Polen.] In Warschau treffen gegenwärtig, wie polnische Zeitungen mittheilen, bedeutende Mengen von Colonialwaaren ein, welche über Odesa bezogen sind. Früher kamen diese Waaren von Hamburg; doch ziehen es gegenwärtig die Warschauer Kaufleute aus Antipathie gegen Deutschland vor, dieselben über Odesa zu beziehen.

* [Magdeburg, 7. Dez.] Die Voruntersuchung der wegen geplanter anarcho-socialer Unruhen verhafteten Arbeiter in Dudaun ist noch nicht abgeschlossen. Dieselbe soll bereits, wie die „Saale-Zeitung“ meldet, ergeben haben, daß einzelne der Verhafteten sich mit dem Plane beschäftigt haben, das Regierungsgebäude, das Rathhaus und das kaiserliche Hauptpostamt zu Magdeburg mittelst Dynamit in die Luft zu sprengen.

* [Mersburg, 6. Dez.] In der gestrigen Versammlung des hiesigen Bauernvereins erinnerte der Vorsitzende, Gutsbesitzer Förster, an eine am nächsten Dienstag in Lauchstädt stattfindende Versammlung landwirthschaftlicher Vereine mit dem Bemerkten, daß dieselbe u. a. bezwecke, die Meinung der Landwirthe über einen von Großgrundbesitzern unserer östlichen Provinzen beim Reichs-Eisenbahnbau beantragten Ausnahmetarif für Getreide und Mühlenproducte zu hören. Die Handelskammer zu Halle fordert die Gutachten bis zum 8. d. M., da bereits am 10. d. in Berlin über den Antrag verhandelt werden soll. Die Versammlung glaubt, daß die hiesigen Landwirthe durch Ausnahmetarife im Sinne der Antragsteller eine Ueberfluthung mit ostpreussischem Getreide u. in Folge dessen einen weiteren Druck auf die Preise zu gewärtigen haben. Deshalb wird dem Hrn. Klaus als Vertreter des Vereins für die Landstädter Zusammenkunft aufgegeben, einen ablehnenden Sinnpunkt gegenüber dem beantragten Ausnahmetarif einzunehmen. Motivirt wird der Beschluß damit, daß die ostpreussischen Landwirthe unter weit billigeren Bedingungen produciren, als dies in den mittleren und westlichen Provinzen mit Rücksicht auf Bodenwerth und Arbeitslöhne möglich ist. (Mersb. Corresp.)

Frankreich. Paris, 8. Dezbr. Die telegraphischen Verbindungen sind in Folge starker Stürme vielfach erschwert, zum Theil gänzlich unterbrochen. (W. Z.) — Die ägyptische Angelegenheit betreffend, bemerkt der „Temps“, die bezüglichen Verhandlungen mit England liefen darauf hinaus, daß England Frankreich die Theilnahme an der ägyptischen Finanzverwaltung einräumen solle und daß Frankreich alsdann nicht darauf bestehen würde, die Festsetzung eines bestimmten Zeitpunktes für die Rückung Aegyptens zu verlangen. (W. Z.)

* [Zur Ministerkrisis] meldet man der „Voss. Ztg.“: Die Gambettisten nehmen gegen Floquet schon gleich zu verheirathen wünschen, ohne vorher, wie es immer unser Plan gewesen, die große Welt kennen zu lernen. Befremdet hatte es mich nur, daß er nicht vorher zu Adele reiste, um Abschied zu nehmen, sondern ganz bereitwillig auf den Vorschlag des Onkels einging, das Mädchen vorher nicht mehr zu sehen und gleich nach unserer Rückkehr Verlobung und Vermählung zu feiern. — Die Reise hatte auch merkwürdig erfindend auf Gregor gewirkt“, fuhr Frau v. Labinow nach einer Weile fort, während welcher sich die kleine Hand Lelias theilnehmend in die ihre schmiegte, „Sie wissen es am besten, Liebste, wie heiter er sein konnte und wie warm ihn der erste Erfolg angeregt, den er mit seiner Arbeit erzielte.“

„Ihr Sohn ist Dichter, gnädige Frau“, sagte Lelias, „und ohne Zweifel als solcher auch den Stimmungen unterworfen, die ihn theilweise zu dem stempeln, was er ist. Es ist sein eigenes ungefüßiges Ich, unter dem er leidet; sobald er wieder in Russland sein wird, in der Nähe seiner Braut.“ „Aber er will ja gar nicht nach Russland zurück“, unterbrach sie Frau v. Labinow, „er will nach Sultizart und dort arbeiten, um sich zu vergessen.“

„Das sind Aufwallungen der Jugend, gnädige Frau, sie haben ihre Berechtigung; lassen Sie ihn gewähren, vielleicht thut ihm der Aufenthalt dort gut.“

Bei den letzten Worten hatte ihre Stimme leise gebebt und es wäre sicher auch Frau v. Labinow nicht entgangen, wenn sich nicht in demselben Augenblicke Dritte genähert hätten und unmittelbar darauf Gregor in das Zimmer getreten wäre.

„Nicht wahr, Sie versuchen Ihr Möglichstes, Frau Kubien, um ihn zu bewegen, hier zu bleiben und seine Stimmung gegen Adele in eine befriedigende Bahn zu lenken?“

Noch mit halber Stimme flüsterte Frau v. Labinow diese Worte in Lelias Ohr und dann reichte sie mit heiterer Miene ihrem Sohne die Hand. (Fortf. folgt.)

Frankreich. Paris, 8. Dezbr. Die telegraphischen Verbindungen sind in Folge starker Stürme vielfach erschwert, zum Theil gänzlich unterbrochen. (W. Z.) — Die ägyptische Angelegenheit betreffend, bemerkt der „Temps“, die bezüglichen Verhandlungen mit England liefen darauf hinaus, daß England Frankreich die Theilnahme an der ägyptischen Finanzverwaltung einräumen solle und daß Frankreich alsdann nicht darauf bestehen würde, die Festsetzung eines bestimmten Zeitpunktes für die Rückung Aegyptens zu verlangen. (W. Z.)

* [Zur Ministerkrisis] meldet man der „Voss. Ztg.“: Die Gambettisten nehmen gegen Floquet schon gleich zu verheirathen wünschen, ohne vorher, wie es immer unser Plan gewesen, die große Welt kennen zu lernen. Befremdet hatte es mich nur, daß er nicht vorher zu Adele reiste, um Abschied zu nehmen, sondern ganz bereitwillig auf den Vorschlag des Onkels einging, das Mädchen vorher nicht mehr zu sehen und gleich nach unserer Rückkehr Verlobung und Vermählung zu feiern. — Die Reise hatte auch merkwürdig erfindend auf Gregor gewirkt“, fuhr Frau v. Labinow nach einer Weile fort, während welcher sich die kleine Hand Lelias theilnehmend in die ihre schmiegte, „Sie wissen es am besten, Liebste, wie heiter er sein konnte und wie warm ihn der erste Erfolg angeregt, den er mit seiner Arbeit erzielte.“

„Ihr Sohn ist Dichter, gnädige Frau“, sagte Lelias, „und ohne Zweifel als solcher auch den Stimmungen unterworfen, die ihn theilweise zu dem stempeln, was er ist. Es ist sein eigenes ungefüßiges Ich, unter dem er leidet; sobald er wieder in Russland sein wird, in der Nähe seiner Braut.“ „Aber er will ja gar nicht nach Russland zurück“, unterbrach sie Frau v. Labinow, „er will nach Sultizart und dort arbeiten, um sich zu vergessen.“

„Das sind Aufwallungen der Jugend, gnädige Frau, sie haben ihre Berechtigung; lassen Sie ihn gewähren, vielleicht thut ihm der Aufenthalt dort gut.“

Bei den letzten Worten hatte ihre Stimme leise gebebt und es wäre sicher auch Frau v. Labinow nicht entgangen, wenn sich nicht in demselben Augenblicke Dritte genähert hätten und unmittelbar darauf Gregor in das Zimmer getreten wäre.

„Nicht wahr, Sie versuchen Ihr Möglichstes, Frau Kubien, um ihn zu bewegen, hier zu bleiben und seine Stimmung gegen Adele in eine befriedigende Bahn zu lenken?“

eine drohende Haltung an, weil sie erfahren haben, daß er ihnen nur zwei, höchstens drei Portefeuilles bestimme. Sie fordern einen größeren Antheil. Auch gegen Boulanger's Beibehaltung beginnen sich gambettistische Bestrebungen bemerkbar zu machen.

Bulgarien. * [Koslow] hat, wie der „Ode. Wiestn.“ meldet, die in Odesa weilenden bulgarischen Emigranten verländigt, daß er demnächst eine Reise nach Russland, und zwar über Odesa, antreten werde. * [Neue revolutionäre Ansichten.] Nachdem die Bulgaren und Rumelioten gesehen, daß die Abreise der russischen Agenten nichts unmittelbar Bedrohliches nach sich zog, haben sie sämtlich nach übereinstimmenden Nachrichten angefangen, sich über die Abwesenheit der unliebsamen Gäste zu freuen. Es scheint, daß man sie möglichst wenig zum ruhigen Genuß dieses Vergnügens kommen lassen will; in Konstantinobel und in Saloniki, wahrscheinlich auch in Bukarest und in Adrianopel, sind bereits revolutionäre Comités aus bulgarisch-rumeliotischen Flüchtlingen gebildet, welche sich die Aufgabe stellen, Wühler gegen die Regenschafft unter der Landbevölkerung zu treiben.

Russland. Petersburg, 8. Dezember. Bei dem heutigen Banket anlässlich des Georgs-Ordensfestes brachte der Kaiser, sich zu dem anwesenden deutschen Botschafter General v. Schweinitz wendend, einen Toast auf die Gesundheit des Kaisers Wilhelm als ältesten Ritters des Georgsordens aus. (W. Z.) * [Ein neues Rundschreiben] ist von der Regierung in Sachen Bulgariens erlassen worden. Dasselbe trägt einen ausgeprägt friedlichen Charakter. Zwar wird die Anschauung auch fernerhin aufrecht erhalten, daß die Mehrheit des bulgarischen Volkes gewaltsam an den Neuerungen ihrer Sympathien für Russland verhindert werde, des weiteren betont das Rundschreiben jedoch den Wunsch Russlands, die bulgarische Frage auf dem Boden der Verträge gemeinsam mit den anderen Mächten einer friedlichen Lösung zuzuführen.

Capstadt, 5. Dezbr. Der hiesige portugiesische Consul empfing ein Telegramm aus Mozambique mit der Nachricht, daß die eingeborenen Umzilas von den Portugiesen und den lokalen Eingeborenen bei Inhambane vollständig und mit schweren Verlusten geschlagen wurden. Die Umzilas zogen sich in westlicher Richtung zurück.

Amerika. * In die Gelehrten von Nebraska sind nicht weniger als 16 Deutsche gewählt worden: 5 Senatoren und 11 Repräsentanten. Da scheint es mit der Prohibition wohl gute Wege zu haben — bemerkt die „N. Y. Staats-Ztg.“ treffend.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Berlin, 9. Dezbr. Der Kaiser nahm heute Vormittag Borrage des Hofmarschalls Perponcher und des Chefs des Civilcabinet's v. Wilmowski entgegen, begab sich Mittags in das Schloß zum Dejeuner mit dem Prinzregenten Luipold und machte darauf eine Spazierfahrt. Abends 9 Uhr findet eine Soirée bei den Majestäten statt.

— Der Kaiser empfängt morgen Nachmittag den Erzbischof von Prag. — Der Prinzregent von Baiern verließ bei seiner Anwesenheit in Berlin zahlreiche Orden. Er empfing heute 6 1/2 Uhr Abends die bairischen Abgeordneten und reist morgen 1 Uhr Mittags bestimmt ab. Berlin, 9. Dez. Der Prinzregent von Baiern sagte beim Empfang der hier anwesenden bairischen Reichstagsabgeordneten, nachdem er jeden einzeln begrüßt hatte, zu allen gewendet, er hoffe, sie würden eine baldige Entscheidung über die Militärvorlage fördern helfen; sein Wunsch sei, eine Entscheidung in dem Sinne, in welchem die Vorlage gemacht sei, zum Wohle des deutschen Vaterlandes und des bairischen Landes und Volkes, welche er über Alles liebe. Der Vicepräsident des Reichstages, v. Frankenstein, erwiderte, die Vorlage würde gewissenhaft geprüft werden schon wegen ihrer finanziellen Seite, worauf der Prinzregent entgegnete, die finanzielle Seite erscheine auch ihm belangreich, dürfe aber bei so hochpolitischen Fragen nicht den Ausschlag geben.

Berlin, 9. Dezbr. Die heutige Sitzung der Militärcommission begann um 11 Uhr. Das größte der für Commissionsberatungen bestimmten Zimmer sahien Anfangs zu klein zu sein; es waren nicht nur zahlreiche Mitglieder aller Fraktionen anwesend, sondern auch Mitglieder des Bundesraths. Vor Beginn der Beratungen wurde mitgetheilt, daß der Grilleberger telegraphisch angezeigt hätte, daß er seine Wahl in die Commission nicht annehme. An seine Stelle ist der Abg. Reister getreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung fand eine Geschäftsordnungsdebatte statt über die Frage der Vertraulichkeit der Mittheilungen. An dieser Debatte beteiligten sich die Abgg. Richter, Nicker, v. Hellendorff und der Kriegsminister, welcher nochmals den vertraulichen Charakter seiner Mittheilungen betonte. Abg. Nicker fand es eigenthümlich, daß die den Commissionsmitgliedern zugestellten tabellarischen Berichte gleichfalls mit dem Signum „Vertraulich“ versehen seien, trotzdem Jeder aus den Gatt der verschiedenen Länder sich selbst solche Zusammenstellungen machen könnte.

Die Commission trat nun in die Berathung des Gesetzes selbst ein. Zunächst nahm der Kriegsminister das Wort. Seine Ausführungen bezogen sich nach Mittheilungen hiesiger Blätter auf die Ausführungen im Plenum; namentlich war er bemüht, die von dem Abg. Richter vorgebrachten Zahlen zu widerlegen. Er verbreitete sich eingehend über die Heeresstärke Russlands, Frankreichs und Oesterreichs und führte aus, daß die Heeresmacht Oesterreichs lange nicht der Russlands gewachsen sei. Dann verglich er die Armeen Deutschlands und Frankreichs miteinander und suchte gleichfalls nachzuweisen, daß durch die vermehrten Rekrutierungen und neue Heeresorganisation in Frankreich Deutschland im Vergleich damit zurücksetze. Er stellte notwendige Dislocationen in Deutschland in Aussicht. Die Einzelheiten dieser Mittheilungen wurden als ganz besonders vertraulich bezeichnet.

An die Rede des Ministers knüpfte sich wieder eine Geschäftsordnungsdebatte über den vertraulichen Charakter der Verhandlungen. Sämmtliche Redner gelangten trotz des Widerstandes des Ministers zu dem Resultat, daß man es dem Tact der Commissionsmitglieder sowohl wie den zuzuhörenden Abgeordneten überlassen dürfe, von welchen Mittheilungen sie öffentlich Gebrauch machen wollten. Hieran schloß sich eine Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob eine Generaldebatte vorgenommen, oder zunächst an die Mittheilungen des Herrn Kriegsministers weitere Erörterungen geknüpft werden sollten. Man entschied sich für letzteres und ließ alsdann eine Pause eintreten. Nach der Pause sprachen die Abgg. Windthorst, v. Hellendorff, Graf Behr, v. Wendt, Bamberger und Stauffenberg. Die

Conservativen sprachen für die Vorlage mit Rücksicht auf die europäische Lage. Die Nationalliberalen äußerten sich im Allgemeinen auch zustimmend, als ein Mittel zur Erhaltung des Friedens. Windthorst bedauert, daß kein Vertreter des auswärtigen Amtes Aufschluß gebe oder wenigstens erkläre, daß die Verhältnisse einen solchen Aufschluß nicht gestatteten.

Die Redner des Centrums und der Freisinnigen erklärten sich bereit, zu bewilligen, was den augenblicklichen Verhältnissen Rechnung trage. Gefordert aber müssen die Aufgaben werden, die erst in späterer Zeit auf die Vermehrung der Armee wirken. Seit 1880 seien wesentliche Änderungen in fremden Armeen nicht eingetreten. Selbst Graf Moltke habe betont, daß die wachsende Kriegslast unerträglich sei. Der Kriegsminister hob hervor, daß eine unmittelbare oder wegen der vorstehend eingetretenen politischen Situation und Vermehrung der Heeresstärke in anderen Staaten schneller vorgehen. In Frankreich sei Boulanger's Vorlage in den wesentlichsten Punkten schon angenommen. Graf Behr (freicons.) meint, später werde die Militärlast vermindert werden können, während Abg. v. Hellendorff (cons.) meint, man müsse 1 Proc. der Bevölkerung für den Friedensstand als maßgebend betrachten.

Die Generaldebatte wird morgen Vormittag 10 Uhr fortgesetzt.

Paris, 9. Dez. Im Vorjahr der Kammer im Palais Bourbon machte heute ein Bithauer Namens Baffier einen Nordverzug auf den Deputirten Cassé, welcher leicht an der Hand verwundet wurde.

— Der Kriegsminister General Boulanger demittirte formell, daß er mit dem Journal „France militaire“ in irgendwelcher Beziehung stehe.

Paris, 9. Dez. Der Unterrichtsminister Goblet wurde im Laufe des Nachmittags nochmals zu Grevy berufen und soll sich auf dringendes Bitten entschlossen haben, die Cabinetbildung zu versuchen. Es heißt, Goblet werde drei oder vier Mitglieder des abtretenden Cabinet's behalten, insbesondere Boulanger, sofort nach der Cabinetbildung die Bewilligung von dreißig Millionen der Jahreserlöse beantragen und die gegenwärtige Session der Kammer schließen. Die Berathung des Budgets werde bis Januar verschoben werden. Die radicalen und monarchistischen Zeitungen nehmen die Cabinetbildung durch Goblet nicht günstig auf. Die „Republique française“ meint, Goblet müsse mit der Demagogie brechen, wenn er eine lebensfähige Regierung begründen wolle.

Dem Vernehmen nach würden im Cabinet Goblet nur die Ministerposten des Innern, der Finanzen, der Justiz und des Auswärtigen neu besetzt, während die übrigen Portefeuilles in den Händen der bisherigen Inhaber blieben. Den Posten des Finanzministers soll Dauphin angenommen haben.

— Die Foyage-Magazine, Reisebahn und Cavallerie-Schule in Saumur sind niedergebrannt. Der Schaden ist beträchtlich.

Paris, 9. Dezbr. Nach kurzer Sitzung verwarf die Kammer heute den Antrag, den Handelsvertrag mit Italien unverzüglich zu berathen, mit 320 gegen 204 Stimmen und vertagte sich darauf bis Sonnabend. Es verläutet, Duclere würde als Minister des Aeußern in das Cabinet Goblet eintreten.

London, 9. Dezbr. Der Minister des Aeußern, Lord Jddesleigh, erhielt dem Vernehmen nach eine Note von der Pforte, worin der Wunsch anzuwenden ausgesprochen wird, über die Räumung Aegyptens mit England in einen Meinungsansatz einzutreten. Jddesleigh antwortete, er werde die Note in Erwägung ziehen.

— Salisbury hielt heute im conservativen Club in London eine Rede, worin er seine answärtigen Fragen berührte. Salisbury erklärte, er müsse sich zu der Unterstützung seitens der alten Führer der Liberalen beglückwünschen, wie solche gefern offen von Hartington verprochen worden sei. Bezüglich der irischen Frage trachteten die Conservativen keineswegs darnach, Differenzen mit den liberalen Unionisten zu suchen; sie wünschten im Gegentheil alle möglichen Mittel zu finden, um gemeinsam mit denselben zu handeln, ohne ihre politische Individualität zu opfern. Die Regierung beabsichtigt zuerst über die englische und schottische und die Lokalregierung Irlands zu verhandeln. Sobald eine solche hergestelt sei, könne man über die ernsten, Irland betreffenden socialen Fragen berathen. Die Regierung wolle ferner die Uebertragung des Grundbesitzes in Großbritannien erleichtern, ohne die Eigenthumsrechte zu schädigen. Was die Geschäftsordnung für das Unterhaus betreffe, so hätten die Ansichten der Regierung sich nicht geändert. Die Letztere werde Alles thun, um die Redefreiheit zu sichern, aber die Mittel, welche hindere wären, so lange nur 40 irische Deputirte vorhanden, würden nicht ausreichen bei 90. Bevor man inessen sich mit dem das Parlament betreffenden Fragen beschäftigen könne, gäbe es noch dringendere zu ordnen, die sich auf die augenblickliche Lage Irlands beziehen. Nichts als strenge Handhabung des Gesetzes könne die Bevölkerung von der Täuschung befreien, in der sie sich befinde.

Danzig, 10. Dezember.

2 [Die Corvette „Arcona“] wird heute früh 8 Uhr die kaiserliche Werft verlassen und eine sechsstündige Probefahrt in der Danziger Bucht antreten. Um 3 Uhr Nachmittags wird die mitfahrende Commission der kais. Werft in Neufahrwasser wieder an Land gesetzt und dann dampft das Schiff nach Kiel ab. Die bereits vorgefertigen kaltgefundene Dampfprobe an Ort und Stelle hat ein sehr zufriedenstellendes Resultat ergeben.

* [Ueber die jüngste Weinbung in dem Danziger Weinversteigerungsprozeß] schreibt in ihrer neuesten Nummer die in Mainz erscheinende „Deutsche Wein-Zeitung“ — bekanntlich das angesehenste deutsche Fachorgan für den Weinbau und Weinhandel — Folgendes:

„Das Reichsgericht hat bekanntlich in diesem Monstreprozeße eine erneute Verhandlung vor dem Landesgericht in Elbing verfügt, weil das erstgerichtliche freisprechende Erkenntnis zum Theil rechtsirrtümlich und theils weil dasselbe den Thatbestand nicht erschöpfend gemüßigt habe. Bei Ansicht des erstgerichtlichen Urtheils finden wir in dessen einen Fallus, der gleichviel — wie das Reichsgericht zu seinem Revisionsurtheile gelangt ist — für die weitere Beurteilung der Angelegenheit von höchster Bedeutung bleibt.“

Das Danziger Urtheil hat wörtlich festgestellt, daß nach dem Gutachten der Sachverständigen, den Angeklagten bei ihren Manipulationen ein Abweichen von den Regeln der Technik nicht zum Vorwurfe zu machen ist. Wenn aber dies das Resultat der mündlichen Verhandlung ist, so kann auch den Angeklagten nicht imputirt werden, daß sie zur Zeit der Herstellung und beim Feilhalten und Verkauf der letzteren in der Art der Herstellung eine Nachmachung oder Verfälschung erkannt hätten; und ist dies nicht der Fall, so unterliegen die Angeklagten auch nicht der Strafvorschrift der Nr. 2 des § 10 des Gesetzes.

In diesem Passus hat das Danziger Gericht festgesetzt, daß den Angeklagten der gute Glaube inne-gemohnt, daß von ihnen geübten, seit unbenutzten Zeiten anerkanntermaßen im realen Geschäft gebräuchlichen Maßnahmen keine Nachmachung oder Verfälschung

